AZ: 03 - Volker Otzen

Drucksache Nr.: 0565/2013/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	03.11.2015	Ö	Kenntnisnahme
Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	11.11.2015	Ö	Vorberatung
Jugendhilfeausschuss	12.11.2015	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	17.11.2015	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Dr. Tauras/Erster
Stadtrat Humpe-Waßmuth

Verhandlungsgegenstand:

**Schaffung einer Planstelle für die
Jugendhilfeplanung**

A n t r a g :

Der Einrichtung einer Planstelle in Vollzeit für die Jugendhilfeplanung im Fachdienst Dezentrale Steuerungsunterstützung ab dem 01.12.2015 wird zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Mehraufwendungen für die Einrichtung einer Planstelle mit 39 Wochenstunden (TVöD Entgeltgruppe 11) betragen jährlich 74.500 €. Die Mittel müssen für das Jahr 2016 überplanmäßig zur Verfügung gestellt werden. Zur Deckung dieser Mehraufwendungen stehen die Konnexitätsmittel für die Änderung des Bundeskinderschutzgesetzes zur Verfügung.

B e g r ü n d u n g :

Die **Rechtliche Grundlage** gibt das Sozialgesetzbuch (SGB) - Achstes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) vor.

Jugendhilfeplanung ist die Aufgabe, die im § 80 SGB VIII als Dreischritt von Bestandsfeststellung, Bedarfsermittlung und Maßnahmeplanung festgeschrieben ist. Die Planungsverantwortung liegt beim Jugendamt.

Die im SGB VIII aufgeführten Aufgaben und Anforderungen, die an die Jugendhilfeplanung gestellt werden, sind sehr komplex. Es ist ein kontinuierlicher Prozess und keine abschließbare Aufgabe. Letztlich ist die Jugendhilfeplanung ein Instrument der Entscheidungsvorbereitung für die Selbstverwaltung. Nach § 71,2 SGB VIII befasst sich der Jugendhilfeausschuss mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere auch mit u.a. der Jugendhilfeplanung.

Ausgangssituation

Im Fachdienst Dezentrale Steuerungsunterstützung ist eine Stelle Sozialplanung vorhanden. Die Aufgabenbereiche dieser Stelle sind jedoch die integrierte Sozialplanung und die Sozialberichterstattung. Aufgaben der Jugendhilfeplanung können aus zeitlichen Gründen nicht bzw. nur marginal wahrgenommen werden. So können bei der Erstellung des Bedarfsplans für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in Neumünster nur Teilbereiche durch die Sozialplanung beigetragen werden. Für den Fachdienst Allgemeiner Sozialer Dienst können wünschenswerte und als Folge der Organisationsuntersuchung und im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erforderliche planerische Arbeiten, gerade auch in Zusammenarbeit mit dem Controlling, nicht in ausreichendem Maße ausgeführt werden. Hier ist akuter Handlungsbedarf erkennbar, um die in der Organisationsuntersuchung gesteckten Ziele zu erreichen. Ein in der Dimension noch nicht einschätzbarer Aufgabenbereich sind die Flüchtlinge, die in absehbarer Zeit der Stadt zugewiesen werden sollen. Bereits jetzt machen die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ein planvolles und zielgerichtetes Handeln dringend notwendig.

Aufgabenstellung

Die Aufgaben der Jugendhilfeplanung werden im § 80 SGB VIII vorgegeben. Letztendlich stellt sich immer die Planungsfrage „Warum (Zielorientierung) soll oder muss was (Bereichsorientierung) wo (Sozialraumorientierung) für wen (Zielgruppenorientierung) angeboten werden?“

Damit die Angebote der Jugendhilfe auch den Bedürfnissen der Kinder, Jugendlichen und Familien entsprechen, entwickelt die Jugendhilfeplanung ein aufeinander abgestimmtes System von Jugendhilfeleistungen. Sie behält im Blick, welche Einrichtungen, Dienste und anderen Angebote in welcher Qualität gebraucht werden und berücksichtigt die Wünsche und Interessen der Nutzerinnen und Nutzer. Das Ziel ist immer, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu erhalten bzw. zu schaffen. Weiter initiiert und begleitet die Jugendhilfeplanung Gremien, die für die Jugendhilfe relevant sind. Die Jugendhilfeplanung ist themenbezogene Berichterstatteerin im Jugendhilfeausschuss.

Finanzielle Aufwendungen

Die Mehraufwendungen an Personalkosten für die Einrichtung der Planstelle betragen nach den Durchschnittswerten der KGSt 74.500 EUR jährlich. Sie sind gedeckt durch Konnexitätsmittel für die Änderung des Bundeskinderschutzgesetzes.

Im Auftrag

Dr. Olaf Tauras
Oberbürgermeister

Günter Humpe-Waßmuth
Erster Stadtrat